



Nr. 459 | 23.12.2024

Russland-Analysen

Silowiki

ANALYSE		
Die Silowiki im Krieg: Die russischen Geheimdienste seit Februar 2022		2
Mark Galeotti (Mayak Intelligence; University College London)		
ANALYSE		
Die GRU – Russlands Militärgeheimdienst		6
Matthias Uhl (Max Weber Netzwerk Osteuropa, Helsinki)		
ANALYSE		
Russlands Freiwilligenformationen: Vehikel zur Rekrutierung, Loyalitätsbeweis oder Zeichen der Machtdiffusion?		12
Margarete Klein (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)		
LESETIPPS		
Belarus Analytical Digest und Moldovan Analytical Digest		18
CHRONIK		
Hinweis auf die Online-Chronik		21

Die Silowiki im Krieg: Die russischen Geheimdienste seit Februar 2022

Mark Galeotti (Mayak Intelligence; University College London)

DOI: 10.31205/RA.459.01

Zusammenfassung

Während der Kreml immer stärker in den Kriegsmodus wechselt, hat sich die Rolle der Geheimdienste mit ihren Operationen im In- und Ausland weiter verstärkt. Dazu gehört auch eine Kampagne von zunehmend unverfrorenen Sabotageaktionen in Europa. Im Innern hat der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) durch die zunehmende Unduldsamkeit des Kreml gegenüber Opposition seine Macht ausbauen und sein Portfolio erweitern können. Im Ausland versuchten die russischen Dienste, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Das war unter anderem durch die massenhafte Ausweisung von Geheimdienstmitarbeiter:innen, die von Botschaften im Westen aus agiert hatten, nicht immer leicht. Daher stützen sich die Nachrichtendienste zunehmend auf Cyber-Operationen und Proxys. Diese sind zwar keineswegs immer erfolgreich gewesen, doch bestehen kaum Zweifel, dass sie für das Vorgehen der Geheimdienste im Innern und im Ausland von zentraler Bedeutung bleiben.

Bereits im Krieg

Im September 2024 erklärte Sir Richard Moore, der Chef des britischen Secret Intelligence Service (besser bekannt als MI6), bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit der CIA, dass »der russische Nachrichtendienst inzwischen ziemlich hemmungslos agiert«. Es wäre wohl besser davon auszugehen, dass die »Spezialdienste« (wie sie im Russischen genannt werden) – also im Wesentlichen der Auslandsnachrichtendienst (SWR), der Militärgeheimdienst »Hauptverwaltung des Generalstabs« (GU, immer noch weithin als GRU bekannt) und der FSB – sich schnell, ja geradezu enthusiastisch an die wilden Zeiten angepasst haben.

Es gibt einen markanten Unterschied zwischen Nachrichten- und Geheimdiensten in Friedens- und in Kriegszeiten. Zu Friedenszeiten sind sie und ihre politischen Auftraggeber risikoscheuer und eher darauf bedacht, Informationen zu sammeln, als Aktivitäten mit unmittelbarer Auswirkung an den Tag zu legen, etwa eine Brücke zu sprengen oder eine Regierung zu stürzen. Im Krieg hingegen gehen sie mehr Risiko ein, weil es sich eher lohnt, Gelegenheiten zu ergreifen und die Prämisse, Fehlschläge zu vermeiden, nicht mehr an oberster Stelle steht. Also konzentrieren sie sich mehr auf aktive Operationen oder werden durch einen neuen Dienst ergänzt – wie im Fall von Stalins mörderischer Spionageabwehr »SMERSch«, die 1942 gegründet (erst 1943 verkündet) und 1946 aufgelöst wurde.

Die russischen Nachrichtendienste haben im Gleichschritt mit Putin seit 2011/12 zunehmend im Kriegsmodus operiert. Putin hat die Bolotnaja-Proteste nicht als Wut auf ein manipuliertes politisches System wahrgenommen, sondern eher als Beleg für den »hybriden Krieg« des Westens interpretiert, als Versuch, sein Regime zu destabilisieren. Dieser Krieg habe laut Putin begonnen, nachdem die US-amerikanische Außenmi-

nisterin Hillary Clinton den Oppositionsführer:innen »eine Freigabe erteilt habe«. Dies waren erste Anzeichen einer zunehmend paranoiden Weltsicht, die durch den Falken Nikolaj Patruschew, Putins langjährigen Sekretär des russischen Sicherheitsrates und de facto Sicherheitsberater, zusätzlich genährt wurde. Allerdings war es eine spiegelbildliche Verkehrung. Die russischen Geheimdienste sind schließlich Erben des sowjetischen KGB mit all seinen »aktiven Maßnahmen«, also politischen Operationen, die von Sabotage bis Subversion reichten, und sie gingen deswegen davon aus, dass diese auch in der Doktrin der westlichen Geheimdienste eine zentrale Rolle spielen.

Im Inland erfolgte eine stete Bewegung weg von dem relativ lockeren »hybriden Regime« der ersten Amtszeiten Putins und unter Medwedew, als eine beträchtliche Bewegungsfreiheit für die Zivilgesellschaft und sogar Dissens zugelassen wurden, solange dies nicht die Vormacht des Regimes in Frage stellte. Der Aufstieg des Geheimdienststaates bedeutete, dass die Sicherheitsbehörden sowie Polizei und Justiz mehr Machtbefugnisse, Ressourcen und Bewegungsspielraum erlangten. Während das Innenministerium (MWD) zögerlich war, sich vorrangig als politische Polizei zu betätigen, weil es befürchtete, dadurch zu wenig Ressourcen für seine eigentlichen Kernaufgaben bei der inneren Sicherheit übrig zu haben und Bemühungen, ein zumindest ansatzweise nicht auf Repression basierendes Verhältnis zur Gesellschaft aufzubauen, gefährden würde (das sollte einer der Gründe dafür werden, dass das MWD 2016 seine für die öffentliche Sicherheit zuständigen Einheiten an die neugebildete Nationalgarde verlor), nutzte der FSB die neuen Möglichkeiten voll aus.

Die Auslandsgeheimdienste begannen ebenfalls, die Schlagzahl zu erhöhen, wobei mögliche negative Rückwirkungen in Kauf genommen wurden. Diese Kriegs-

mentalität trat 2013/14 während der Revolution der Würde in der Ukraine (die von Putin als vom Westen orchestrierter Staatsstreich charakterisiert wurde) noch deutlicher hervor. Somit waren die russischen Geheimdienste schon vor der Vollinvasion vom Februar 2022 – in den Worten eines/r Mitarbeiter:in der britischen Spionageabwehr – »unverfroren, aggressiv und agierten ohne Rücksicht auf Verluste«. Man ging mit stärkerer Zusammenarbeit zwischen Diensten (oder wenigstens weniger Konkurrenz) als zuvor zu Werke. Seit langem hatte Putin mit Hilfe überlappender Aufgabenbereiche und einer Drohung mit Auflösung – wie es der Föderalen Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information (FAPSI) erging, die 2003 von ihren Rivalen geschluckt wurde – die Dienste ermutigt, miteinander um Haushaltsmittel, Zuständigkeiten und Vorrang zu wetteifern. Die Einschätzung ausländischer Geheimdienste ist allerdings, dass dies seit 2022 in geringerem Maße der Fall ist. In Kriegszeiten gibt es weniger Appetit oder Raum für horizontale Rivalitäten.

Neue Herausforderungen

Der Krieg gegen die Ukraine ist Putin zufolge nur Teil einer globalen Auseinandersetzung. In seiner Rede zum »Tag des Sieges« 2023 behauptete er, dass »erneut ein realer Krieg gegen unser Land geführt wird«. Während ein direktes militärisches Vorgehen gegen die viel mächtigere NATO außer Frage steht (selbst wenn nicht der Großteil der russischen Streitkräfte in der Ukraine gebunden wäre), und angesichts des Umstandes, dass die westliche finanzielle und militärische Hilfe für die Kriegsanstrengungen von Kyjiw entscheidend ist, wurde die Maßgabe erteilt, diese westlichen Aktivitäten zu stören. Darüber hinaus hat das Sanktionsregime des Westens für die Dienste ein neues Tätigkeitsfeld geschaffen: die Umgehung jeglicher Sanktionen, sei es gegen den Import von Mikrochips oder operative Finanzmittel der Dienste in aller Welt.

Auch gibt es spezifische neue Herausforderungen, nach der Vollinvasion insbesondere auf der internationalen Ebene. Die massenweise Ausweisung bekannter und mutmaßlicher Geheimdienstmitarbeiter:innen an russischen Botschaften in Ländern des Westens – allein in Europa wurden 400 bis 600 Diplomaten:innen ausgewiesen, die als Spione verdächtigt wurden – schuf ernste Probleme für den Militärgeheimdienst GU, und stärker noch für den Auslandsgeheimdienst SWR. Nachrichtendienstliche Operationen, die sich auf Mitarbeiter:innen stützen, die unter dem Deckmantel der Diplomatie tätig waren, wurden oft vorübergehend gelähmt, da aktive Agent:innen ihre Führung verloren und potenzielle Agent:innen nicht mehr gezielt angeworben wurden. Mit der Zeit wurden Ersatzlösungen gefunden. Die Russ:innen griffen zunehmend auf Proxys zurück,

die auf diverse Art tätig werden, angefangen von politischen Sympathisant:innen vor Ort bis hin zu Kriminellen, die über das Darknet rekrutiert werden und womöglich keine Ahnung haben, dass sie für Moskau arbeiten.

In Russland ist der Sicherheitsapparat mit mehreren, bisweilen zusammenhängenden Problemen konfrontiert: die gesellschaftliche Unzufriedenheit (vor allem durch eine drohende Mobilmachung) nimmt zu, und gleichzeitig führt der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) und der ukrainische Militärgeheimdienst (Hauptverwaltung Aufklärung – HUR) aggressiv und einfallsreich Subversion und Sabotage durch. Die Sicherheitsdienste berichten zwar ständig von Festnahmen und angeblich vereitelten Operationen, dennoch sind sie kaum in der Lage, Kyjiw daran zu hindern, Operationen innerhalb Russlands umzusetzen oder andere zu diesen anzustacheln und der unterschweligen Unzufriedenheit in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen.

Der SWR: Raus aus den Botschaften

Der Auslandsgeheimdienst SWR wurde durch die jüngsten Entwicklungen am stärksten getroffen. Traditionell gewann dieser Geheimdienst nachrichtendienstliche Informationen durch Agent:innen, die an die Botschaften abgeordnet waren. Zum Teil wurde dieser Verlust im Cyberbereich kompensiert, der zuvor vor allem in der Informationsbeschaffung tätig war (insbesondere die Hackersparte, die im Westen als APT 29 bzw. »Cozy Bear« bekannt ist). Seit 2022 ging man stärker zu disruptiven Attacken über. Am stärksten wurden die Online-Operationen zur Rekrutierung ausgebaut, da diese jetzt schwieriger vor Ort zu bewerkstelligen ist.

Der SWR hat sich eindeutig an die neuen Einsatzbedingungen angepasst. Gleichzeitig konnte der Dienst weiterhin russische Strukturen als Frontorganisationen nutzen (unter anderem die »Stiftung zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Landsleuten im Ausland«, deren Führung von vielen aktiven SWR-Mitarbeiter:innen durchsetzt ist). Es besteht bei westlichen Abschirmdiensten allerdings der Eindruck, dass diese Anpassung nur Stückwerk und sehr viel weniger von den für den SWR früher typischerweise koordinierten Taktiken geprägt war. In einem gewissen Maße ist dies wohl auf das Fehlen einer starken und engagierten Führung zurückzuführen. Der 69-jährige Sergej Naryschkin, der seit 2016 an der Spitze des SWR steht, erweckt den Eindruck, ein »permanenter Ersatzmann« zu sein, wie ein Geheimdienstveteran es ausdrückte. Er war mit diesem Posten abgespeist worden, nachdem der Kreml ihn als Vorsitzenden der Staatsduma durch Wjatscheslaw Wolodin ersetzte. Es ist ein offenes Geheimnis, dass er einen Posten als Senator im Föderationsrat anstrebt, was ein perfekter aktiver Ruhestand wäre, um sich seinen eigentlichen Interessen zu widmen, nämlich seiner Rolle als Vorsitzender der Russischen Historischen Gesellschaft.

Die Rolle des SWR-Direktors bestand schon immer eher darin, politische Interessen durchzusetzen als das operative Vorgehen zu leiten. Und es scheint innerhalb des Dienstes das Gefühl zu geben, dass Naryschkin nicht in der Lage ist, unter den neuen Bedingungen Führungsstärke an den Tag zu legen. Seit Putin ihn auf der Sicherheitsratssitzung am 21. Februar 2022 vor laufender Fernsehkamera vorführte, ist seine Autorität im Dienst ohnehin nachhaltig beschädigt. Die Folge ist, dass einzelne Abteilungsleiter:innen, Abteilungen oder Residenturen oft nahezu autonom operieren oder Anweisungen direkt vom Präsidenten erhalten. Das kann gewissermaßen eine Stärke sein, indem es Ambitionen und Phantasie auf eine Weise freisetzt, die dem im Allgemeinen durch Mikromanagement gekennzeichneten SWR recht fremd ist. Es erzeugt aber auch Probleme: Es gibt Streitereien über Zuständigkeiten, Abteilungen arbeiten gegeneinander, das Vorgehen wird fragmentiert.

Die GU: Zurück zu den Basics

Die GU ist stets recht strikt in die Spezialeinheiten (die »Speznas«) und die »Agentura« (die nachrichtendienstliche Sparte) unterteilt gewesen. Die Spezialeinheiten sind in der Ukraine intensiv im Einsatz und haben sehr schwere Verluste erlitten, insbesondere in der Frühphase des Krieges, wodurch ihre Fähigkeiten stark beeinträchtigt sind. Die nachrichtendienstlichen Operationen der GU im Westen haben ebenfalls durch die Ausweisungen gelitten. Die GU ging allerdings schneller als der SWR dazu über, Proxys zu kultivieren und einzusetzen. Hauptziel ihrer Einsätze ist es inzwischen, den Westen durch Disruption zu beeinflussen und weitreichende Sabotagekampagnen vorzubereiten für den Fall, dass sich die Beziehungen weiter verschlechtern sollten.

Schließlich ist Sabotage ein zentrales Element der GU-Mission, insbesondere im Krieg. Im Laufe des Jahres 2023 häuften sich die offensichtlich vom Kreml freigegebenen Attacken in Europa. So wird die GU mit einer Reihe von Operationen in Verbindung gebracht wie etwa der Brandstiftung in Ostlondon und dem Mordanschlag auf den Deserteur Maxim Kusminow in Spanien. Ihre auf »blutige Angelegenheiten« [im Russischen als mokrye dela, wörtlich »nasse Sachen«, bekannt, Anm. d. Red.] (Mordanschläge und Sabotage) spezialisierte Einheit 29155 umfasst jetzt Berichten zufolge sogar eine Cybereinheit (die mal »Bleeding bear«, mal »Ember bear« [»blutiger Bär« oder »glühender Bär«, Anm. d. Red.] genannt wird), um ihre Aktivitäten in einer Zeit fortzuführen, in der die Agent:innen vor Ort unter immer schwierigeren Bedingungen operieren müssen.

Das gilt für Europa und Nordamerika. In Afrika jedoch liegen die Dinge gänzlich anders. Nach Jewgenij Prigoschins gescheitertem Aufstand im Juni 2023 ist die Söldnerarmee der Wagner-Gruppe unter konse-

quent strikte Kontrolle des Militärs genommen worden. Die Söldner, die in der Ukraine kämpfen, mussten sich den regulären Streitkräften anschließen oder einer der weniger autonomen Söldnertruppen, die Teil des »Freiwilligen Expeditionssturmkorps« sind und den regulären, geografisch gegliederten Armeestäben unterstellt sind. In Afrika, dem anderen wichtigen Einsatzgebiet der Wagner-Gruppe, werden die Söldner zu einer neuen Struktur zusammengefasst, dem »Afrika-Korps«. Das wird eng vom Militärgeheimdienst kontrolliert, sein »Kurator«, der die Operationen beaufsichtigt, ist Generalmajor Andrej Awerjanow, der ehemalige Leiter der Einheit 29155. Er wurde zum stellvertretenden Leiter der GU befördert und ist für die neugeschaffenen Einheiten für Spezialoperationen [im Russischen: Sil specialnych operazij, also militärische Spezialkräfte, Anm. d. Red.] verantwortlich.

Admiral Igor Kostjukow, der Chef der GU, ist seit sechs Jahren im Amt, länger als jeder andere postsowjetische Geheimdienstchef in Russland. Sein Verhältnis zum Chef der Generalstab, General Walerij Gerassimow, scheint gut zu sein. Allerdings ist weniger klar, wie die Zusammenarbeit mit dem neuen Verteidigungsminister Andrej Beloussow funktioniert. Da Beloussows Vorgänger Sergej Schoigu jetzt Sekretär des russischen Sicherheitsrates ist, dürfte das wohl weniger wichtig sein, es sei denn, Gerassimow würde abgelöst. Selbst dann gäbe es wenig Grund anzunehmen, dass sich die operative Kultur oder die aktuellen Missionen der GU ändern wird.

Der FSB: Volle Machtentfaltung

Während der SWR und die GU sich an schwierigere Bedingungen anpassen mussten, ist der FSB in vielerlei Hinsicht Nutznießer der aufgepeitschten und paranoiden Umgebung. Die Ironie besteht darin, dass dies Putin – oder zumindest Russland – keinen guten Dienst erwies. Von allen Diensten war der FSB am zuversichtlichsten, dass Wiktor Janukowytch die Revolution der Würde von 2013/14 überstehen würde. Und auch vor der Vollinvasion 2022 legte der FSB den größten Optimismus an den Tag: Der FSB glaubte – oder behauptete zumindest –, dass er ein ausgedehntes Netz von Agent:innen habe, die bereit und scharf darauf seien, Moskau zu unterstützen. In der Praxis stellte sich das weitgehend als Illusion heraus, da viele Ukrainer:innen, die bereit gewesen waren, Geld vom FSB anzunehmen, keinerlei Absicht hatten, ihr Land wirklich zu verraten. Auch war es so, dass das DWKR, das »Direktorat für militärische Spionageabwehr« des FSB, erst verspätet entdeckte, dass Jewgenij Prigoschin etwas gegen Schoigu und Gerassimow im Schilde führte, was Prigoschin wiederum in Zugzwang brachte. Da der FSB buchstäblich in letzter Minute davon erfuhr, war zu diesem Zeitpunkt schon jegliche Chance vertan, den Aufstand noch verhindern zu können.

Gleichwohl scheint der FSB, dem Putin immerhin selbst entwuchs, für seine Fehler keine langwährenden Konsequenzen zu spüren bekommen zu haben. Während das Regime zunehmend autoritär wurde und immer weniger Dissens tolerierte, wurde der Auftrag des FSB im Innern stetig erweitert. Seine Rolle bei der Serie von Verhaftungen und Ermittlungen gegen höhere Offiziere des Militärs, etwa wegen Korruptionsvorwürfen – die zwar nicht vom FSB geführt wurden, und auch keine »Säuberung« waren, wie manchmal behauptet wird – hat dazu geführt, dass das Strafermittlungskomitee [im Russischen Sledstwenyj Komitet, vor dem 15. Januar 2011 war es formal Teil der Staatsanwaltschaft und ist seither eine eigenständige Behörde, Anm. d. Red.] zu einer Art Zweigstelle des FSB degradierte. Im Ausland stärkte die Unterbrechung der Operationen von SWR und GU aufgrund der umfangreichen Ausweisungen die Stellung des FSB. Dessen Cyber-Operationen haben seit langem den Westen ins Visier genommen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat beispielsweise Hacker des »Zentrums 18« des FSB beschuldigt, Attacken gegen britische Parlamentarier:innen unternommen zu haben. Der FSB fährt jetzt allerdings auch seine physischen Operationen vor Ort hoch, vor allem in Europa. Das war eine Reaktion auf die Probleme, vor denen SWR und GU nun standen. Schließlich hatten sich die Auslandsoperationen des FSB im Allgemeinen nicht auf Botschaftsmitarbeiter:innen gestützt. Vielmehr konzentrierten sie sich auf Gruppen von »Illegalen« (Agent:innen ohne den diplomatischen Deckmantel) in anderen Organisationen der russischen Diaspora. Der FSB wurde beschuldigt, in jüngster Zeit eine Reihe von Versuchen unternommen zu haben, im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und im österreichischen Parlament politische Kreise zu infiltrieren mit dem Ziel einer Untergrabung der Unterstützung für die Ukraine.

Der FSB zeigte sich gut aufgestellt und konnte rasch auf die neuen Anforderungen reagieren, sich auf Proxys stützen zu müssen. Das beruhte nicht zuletzt auf seinen Verbindungen zur organisierten Kriminalität. Der FSB bekämpft größere kriminelle Organisationen, es bestehen aber auch korrupte Verbindungen. Diese können genutzt werden, um operative Kräfte zu rekrutieren oder Beziehungen zu anderen im Ausland tätigen Gruppen aufzubauen. Es wird zwar davon ausgegangen, dass letztendlich die GU hinter der Ermordung von Kusminow in Spanien steckt. So haben beispielsweise spanische Geheimdienstkreise nahegelegt, dass der Mord von der lokalen organisierten Kriminalität begangen wurde. Diese seien auf Vermittlung durch den FSB angeheuert worden. Dies ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie die Kultur der russischen Geheimdienste sich von Wettbewerb zu (wenn auch mitunter zähneknirschender) Zusammenarbeit gewandelt hat.

Ausblick

Es ist unwahrscheinlich, dass die »Spezialdienste« in absehbarer Zukunft ihre herausragende Stellung einbüßen werden. Putin hält offensichtlich an seinem Glauben an sie als Instrument zur Kontrolle im Inland und der Ausgestaltung staatlichen Handelns im Ausland fest. Und in den Beziehungen zum Westen ist wohl kaum eine substanzielle Verbesserung zu erwarten.

Eine Unwägbarkeit betrifft die Führung der Dienste. Im Mai 2024 wurde Patruschew als Sekretär des russischen Sicherheitsrates vom ehemaligen Verteidigungsminister Sergej Schojgu abgelöst. Obwohl Patruschews Rolle als Berater des Präsidenten in Wirklichkeit deutlich breiter ist als seine formale Aufgabe, das Marinewesen zu beaufsichtigen, scheint er seine zentrale Position in den Diskussionen zur nationalen Sicherheit und seine Autorität bei den Geheimdiensten verloren zu haben. Es bleibt abzuwarten, ob Schojgu eine ähnliche Rolle anstrebt (oder sogar lang auf diesem Posten bleibt), doch es wirft Fragen hinsichtlich einiger sich abzeichnender Führungswechsel in den Geheimdiensten auf. Seit 2022 hat es schließlich beträchtliche Änderungen in den oberen Etagen der Dienste gegeben (ganz wie beim Militär), doch sind bisher alle Direktoren auf ihren Posten geblieben. Hier könnte es sehr bald Veränderungen geben.

Naryschkin hat, wie bereits erwähnt, für einige Zeit versucht, den SWR hinter sich zu lassen. Alexander Bortnikow, der Chef des FSB, ist 72 Jahre alt und schon weit über dem offiziellen Alter für den obligatorischen Renteneintritt bei Staatsdienern, zudem leidet er seit Jahren unter gesundheitlichen Problemen. Sein Rücktritt hätte 2021 angestanden. Doch eine in letzter Minute angezettelte Kampagne von Rivalen des in den Startlöchern stehenden Nachfolgers Sergej Koroljow verzögerte den Wechsel. Während des Krieges gegen die Ukraine hielt Putin an Bortnikow fest, um nicht ein Lager dem anderen vorziehen zu müssen. Der 62-jährige Koroljow hat die Reputation eines unerbittlichen und ambitionierten Managers, der es bereits geschafft hat, nicht nur viele seiner Kolleg:innen vor den Kopf zu stoßen, sondern auch höhere Beamte in der GU, dem Innenministerium und dem Strafermittlungskomitee. Führungskämpfe beim FSB sind weiterhin häufiger und folgenreicher als in anderen Diensten (2023 allein gab es drei Wechsel von Direktorsleiter:innen). Das öffnet den Weg für eine neue Führungsgeneration, und es scheint unwahrscheinlich, dass Bortnikow, der in letzter Zeit nur selten persönlich zu sehen war, lange auf seinem Posten bleiben wird. Derzeit bleibt allerdings unklar, ob es seinen Widersachern schon gelungen ist, Koroljows Nachfolge zu verhindern.

Da der direkte Krieg gegen die Ukraine und der politische Kampf gegen den Westen zum Dreh- und

Angelpunkt des späten Putinismus wurden, der wiederum die Autokratisierung im Inneren rechtfertigt, werden die Geheimdienste im Zentrum von Putins Operationen im In- und Ausland bleiben. In der Praxis fällt die Bilanz allerdings gemischt aus. Die Geheimdienste wetteifern miteinander, die Realität so zurechtzubiegen, dass sie möglichst Putins schiefen, voreingenommenen Ansichten schmeichelt. Dies hat wiederum dazu geführt, dass sich Putins Russland katastrophal

mit seinen imperialen Ambitionen übernommen hat. Gleichwohl gibt es nicht nur keinerlei Belege, dass dies Putin wirklich bewusst ist, sondern es gibt auch keine Hinweise, dass er, Gefangener seiner langwierigen globalen Auseinandersetzung, die Absicht hat, die »Spezialdienste« zu bestrafen, zu zähmen oder in die Schranken zu weisen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Mark Galeotti* ist geschäftsführender Direktor der Beratungsfirma »Mayak Intelligence« und Honorarprofessor an der School of Slavonic and East European Studies des University College London (UCL).

ANALYSE

Die GRU – Russlands Militärgeheimdienst

Matthias Uhl (Max Weber Netzwerk Osteuropa, Helsinki)

DOI: 10.31205/RA.459.02

Zusammenfassung

Die Glawnoje raswedywatelnoje uprawlenije (GRU) – der russische Militärgeheimdienst und im Deutschen auch als *Hauptverwaltung Aufklärung* bekannt – ist neben dem Dienst für Außenaufklärung (Sluschba wneschnej raswedki, SWR) und dem Föderalen Sicherheitsdienst (Federalnaja sluschba besopasnosti, FSB) wohl der geheimste Nachrichtendienst Russlands. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges firmierte die Militärspionage auch unter der Bezeichnung der *Raswedka*. Ihre Tätigkeit war und ist keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Sie ist nur dem Verteidigungsminister und dem Präsidenten Rechenschaft schuldig. Weitgehend fehlt die Erfahrung, unter demokratischen Bedingungen zu operieren. In seiner Jahrhunderte währenden Geschichte folgte der Militärgeheimdienst meist den Vorgaben autokratischer oder diktatorischer Regime. So hat sich über Jahrzehnte eine Organisationskultur entwickelt, welche die Ausfertigung von wohlgefälligen Geheimdienstanalysen begünstigte, selbst wenn diese in keiner Weise der Realität entsprachen. Nicht selten führten deshalb die von der politischen Führung gewünschten Lagebilder zu fatalen Fehleinschätzungen, weil sie zu oft die Selbstannahmen der jeweiligen Entscheidungsträger bedienten.

Die Raswedka des Zaren

Die Behörde blickt auf eine lange Geschichte zurück. Ihr Selbstverständnis ist von einer über zweihundertjährigen Tradition geprägt. 1812 wurde die für den militärischen Nachrichtendienst zuständige Sonderkanzlei beim Kriegsministerium gegründet. Das neu geschaffene Amt verfügte mit vier Beamten nur über einen ausgesprochen kleinen Mitarbeiterstab. Mit der Bildung des Sonderbüros verfügte das russische Militär erstmals über eine Organisation, die systematisch nachrichtendienstliche Aufklärung gegen ausländische Streitkräfte betrieb. Deshalb gilt das Jahr 1812 als die Geburtsstunde des russischen Militärgeheimdienstes.

Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege löste Zar Alexander I. 1815 die Sonderkanzlei wieder auf. Erst die russische Niederlage im Krymkrieg führte 1856 zu einem Umdenken. Zar Alexander II. bestätigte damals die Tätigkeit der sogenannten Militäragenten, die als militärische Diplomaten legale Spionage betrieben, aber auch illegale Quellen führten. 1867 übernahm dann das Militär-statistische Komitee beim Generalstab die Aufgaben des Nachrichtendienstes der Armee. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Raswedka 22 Generalstabsoffiziere sowie sechs Militäragenten aktiv. 1903 wurde das Amt allerdings aufgelöst und seine Funktionen auf ein Referat übertragen,

das dem 2. Generalquartiermeister unterstand. Die bittere Schlappe im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/1905 führte zu umfangreichen Reformen, die auch den militärischen Nachrichtendienst betrafen. 1906 erfolgte endlich eine Aufteilung der Militäraufklärung in eine Beschaffungsabteilung und mehrere Auswertungsreferate.

Der 1. Weltkrieg stellte die russische Militäraufklärung vor neue Herausforderungen, denen sie nur bedingt gerecht wurde. Die Revolutionen vom Frühjahr und Herbst 1917 führten schließlich zum Zusammenbruch des russischen Imperiums und seiner Raswedka.

Unter neuer Flagge – die Militäraufklärung der Roten Armee

Doch es sollte sich zeigen, dass auch die neuen Machthaber, die Bolschewiki, zur Erhaltung ihrer Macht auf einen militärischen Nachrichtendienst angewiesen waren. Der Geheimdienst der Streitkräfte war jedoch nicht mehr dem Staat, sondern der Kommunistischen Partei verpflichtet. Die GRU wurde 1918 als Registraturverwaltung der Roten Armee gegründet. Sie versuchte vornehmlich an Informationen von militärischer Bedeutung zu gelangen. Zu diesem Zweck hatten ihre Agenten im Ausland Truppenverbände jeder Art zu beobachten und Angaben über deren Struktur, Organisation sowie Bewaffnung zu sammeln. Weiterhin sollten Informationen über Stationierungsorte, rüstungswirtschaftliche Kapazitäten und zur politischen Stimmung beschafft werden. Haupteinsatzort war zunächst Europa, wobei sich die Nachrichtenbeschaffung neben Polen vor allem auf Deutschland konzentrierte.

1926 wurde die GRU zur 4. Verwaltung des Stabes der Roten Armee erweitert. Unter der Leitung ihres Chefs Jan Bersin gelang es, eine straff organisierte und hochqualifizierte Spionageorganisation zu schaffen, die 1934 in *Statistische Informationsverwaltung der Roten Armee* umbenannt wurde. Die GRU wollte sicherstellen, dass ihre Spionagenetze auch unter Kriegsbedingungen funktionieren. Zu diesem Zweck wurden in den betreffenden Ländern illegale Residenturen eingerichtet, d. h. ihre Mitarbeiter waren nicht durch einen Diplomatensstatus geschützt. Leiter dieser illegalen Netze konnten Angehörige der GRU, ausnahmslos als ausländische Staatsangehörige getarnt, aber auch prosowjetische Ausländer sein. Zu den bekanntesten von ihnen zählten später Ilse Stöbe (Netz »Alta« – Deutschland), Leopold Trepper (Netz »Kent« – Belgien) und Richard Sorge (Netz »Ramzaj« – Japan).

Daneben wurde seit den 1930er Jahren die Zahl der Militärattachés beträchtlich erhöht. Sie führten für die GRU die »offizielle« Militärspionage durch. Unterstützt wurden sie bei ihrer Arbeit von inoffiziellen Mitarbeitern der GRU, die getarnt in den verschiedensten sow-

jetischen Auslandsbehörden und -organisationen arbeiteten. Auch sie sammelten offene Informationen über ausländische Streitkräfte, versuchten aber auch geheime Quellen zu führen.

Das politische System der UdSSR begünstigte die Anwerbung von Agenten. Die Ideale des Kommunismus erwiesen sich als fruchtbarer Nährboden für die Rekrutierung von Spionen. Um an dringend benötigte Quellen zu gelangen, nutzte der Militärgeheimdienst aber auch kompromittierendes Material und finanzielle Anreize. Dadurch vermochten es die rund 400 GRU-Offiziere bis Mitte der 1930er Jahre wirksame Spionagenetze aufzubauen, die die sowjetische Partei- und Staatsführung mit geheimen Informationen versorgten. Die Agentenmeldungen übten Einfluss auf wichtige Entscheidungsprozesse in Fragen der Außen- und Militärpolitik aus.

Von den Massenrepressalien Josef Stalins blieb auch die GRU nicht verschont. Die Informationsnetze des militärischen Nachrichtendienstes brachen Ende der 1930er Jahre fast vollständig zusammen. Ihr Neuaufbau, durchgeführt von schlecht ausgebildeten Geheimdienstmitarbeitern, die oft nicht einmal die Sprache des Einsatzlandes beherrschten, erforderte viel Zeit. Zeit, die nach Ausbruch des 2. Weltkrieges nicht mehr zur Verfügung stand.

Bis Anfang 1941 gelang zumindest die organisatorische Wiederherstellung des Auslandsnetzes der GRU. Zu diesem Zeitpunkt verfügte der Militärgeheimdienst der Roten Armee über rund 1000 Mitarbeiter, von denen die Hälfte im illegalen Einsatz stand. Für die GRU waren die Folgen der Säuberungen eine denkbar schlechte Voraussetzung, um in den Zweiten Weltkrieg einzutreten. Einen Konflikt, in dem das Deutsche Reich die Militäraufklärung der Roten Armee zunächst an die Grenzen ihrer Möglichkeiten brachte. Im weiteren Kriegsverlauf konnte der Dienst dann aber doch noch spektakuläre Erfolge erzielen.

Als verhängnisvoll erwies sich jedoch, dass den sowjetischen Diktator nahezu ausschließlich die Rohinformationen der Quellen der GRU interessierten. Von einer zusammenfassenden Analyse der geheimen Meldungen hielt der Diktator wenig, betrachtete er sich doch selbst als uneingeschränkte Autorität auf dem Gebiet der Spionage. Damit ist ein wesentliches Grundproblem des Militärnachrichtendienstes unter Stalin genannt, das sich auch durch die zahlreichen Reorganisationen nicht beheben ließ: Das Fehlen von Strukturen, die sich mit einer qualifizierten Auswertung der Informationen befassen.

Die sowjetische Militärspionage im Kalten Krieg

Der durch das Ende des 2. Weltkrieges und den Beginn des Kalten Krieges bestimmte Bedarf nach verbesser-

ter Auswertung der Agenteninformationen veranlasste Stalin im Mai 1947 zu einer radikalen Umbildung der sowjetischen Nachrichtendienststrukturen. Die bisher eigenständig arbeitenden Spionagedienste von Staatssicherheit, Armee, Außen- und Außenwirtschaftsministerium sowie der Partei wurden nunmehr direkt dem Ministerrat unterstellt. Ein hier angesiedeltes Komitee für Information (KI) sollte zukünftig die Einsätze der zahlreichen Auslandsnachrichtendienste koordinieren und für eine kompetente Analyse der beschafften Spionageinformationen sorgen.

Gleichwohl zeigte sich relativ rasch, dass die neue Superbehörde die Erwartungen nicht erfüllte. Zum einen wirkte sich die Trennung des militärischen wie des politischen Nachrichtendienstes von ihren bisherigen Ministerien, auf deren Ressourcen sie bei Operationen und Einsätzen bislang immer wieder hatten zurückgreifen können, negativ auf die Nachrichtengewinnung im Ausland aus. Zum anderen wurde sichtbar, dass die unterschiedlichen Einsatzphilosophien und Geheimdienstmentalitäten der Mitarbeiter von Militär- und Auslandsspionage nur schwer in einer Behörde zu integrieren waren. Infolge dieser Probleme und des ständigen Kompetenzgerangels zwischen den Führungsebenen des KI gelang es der Militärführung bereits Ende 1948, die Hauptverwaltung für Aufklärung wieder aus dem Komitee herauszulösen. Stalin bevorzugte zudem weiterhin von der GRU beschaffte Originaldokumente als Grundlage für seine politischen Entscheidungen. Diese wichen jedoch häufig stark vom tatsächlichen Lagebild ab.

Unter Nikita Chruschtschow zeigte sich alsbald eine völlig neue Arbeitsweise der Auslandsgeheimdienste. Ziel dieser Maßnahmen dürfte es gewesen sein, den Einfluss der kommunistischen Partei noch weiter auszubauen. Zunächst wurde deshalb der ohnehin begrenzte Zugang der Nachrichtendienstchefs zu den politischen Entscheidungsgremien noch stärker eingeschränkt als unter seinem Amtsvorgänger Stalin. Infolgedessen reichte es nun nicht mehr aus, die Informationen der einzelnen Agenten und Quellen zusammenzustellen und ohne umfassende Analyse der politischen Führung vorzulegen. Vielmehr galt es für die Nachrichtendienste, fundierte Lageberichte über die jeweilige politische, wirtschaftliche, militärische oder rüstungswirtschaftliche Situation zu erstellen. Diese sollten als Entscheidungshilfe für die Lösung wichtiger politischer Fragen dienen.

Die von der GRU beschafften Informationen legten dem Kreml vor allem während der Berlin- und Kuba-Krise 1958–1962 die politischen und militärischen Maßnahmen des Westens in einem hohen Maße offen. Sie gewährten Einblick in fast alle wichtigen Entscheidungen der Westmächte bis hinauf in die höchsten Regie-

rungebenen. Für die sowjetische Politik besaßen diese Spionageerkenntnisse einen hohen Wert. Chruschtschow war dadurch klar, wie weit er mit seinem Bluff im Machtpoker gehen konnte. Damit wirkte der Militärgeheimdienst sogar mäßigend auf dessen Außenpolitik.

In den Jahrzehnten nach Chruschtschows Entmachtung blühte sich der Apparat des Militärgeheimdienstes immer weiter auf. Existierten 1953 knapp 900 Planstellen der GRU, so schätzte der US-Militärnachrichtendienst DIA Mitte der 1970er Jahre deren Größe auf 60.500 Soldaten und Offiziere. Diese Zahl schloss allerdings auch die Armee-Einheiten ein, die beispielsweise wie die Funkaufklärung dem militärischen Geheimdienst der Sowjetarmee operativ unterstanden. Die Leistungsfähigkeit verbesserte sich dadurch jedoch nicht. Ende 1990 musste der 1. Stellvertretende Chef der GRU, Vizeadmiral Igor Badejew, zugeben, dass mehr als 97 Prozent aller durch die Agenten gelieferten Dokumente aus offenen Quellen – also aus Büchern, Zeitschriften oder Zeitungen – stammten, 2,7 Prozent waren als »nur für den Dienstgebrauch« eingestuft, verfügten also über die geringste Geheimhaltungsstufe. Nur 0,3 Prozent trugen überhaupt den Vermerk »geheim«. Als am 26. Dezember 1991 die rote Fahne über dem Kreml niedergeholt wurde, ging unwiderruflich eine Ära zu Ende, die über 73 Jahre die Geschicke des militärischen Nachrichtendienstes bestimmt hatte.

Die GRU als Machtinstrument Putins

Den Zerfall der Sowjetunion überlebte die GRU trotz empfindlicher personeller und finanzieller Einschnitte weitgehend unbeschadet. Ende der 1990er Jahre gelang es ihr schließlich, personell mit ihrem Konkurrenten, dem politischen Auslandsnachrichtendienst SWR, gleichzuziehen. Beide Dienste verfügten damals jeweils über rund 11.000 Planstellen. Gleichzeitig konnte die GRU nach dem Machtantritt von Präsident Wladimir Putin den Versuch des SWR abwehren, weite Teile der Militärspionage zu übernehmen. Wohl auch aus diesem Grund fand der Militärnachrichtendienst schneller als sein ziviler Gegenspieler zu seiner »gewohnten« Angriffslust zurück. Damit gehörten aggressives und gewaltsames Vorgehen seit Beginn des neuen Jahrtausends wieder zu den »Kernkompetenzen« der GRU.

Die Probleme während des georgischen Feldzugs von 2008 – mangelhafte Aufklärung, unzureichende Ausbildung sowie schwerfällige Kommando- und Führungsstrukturen – hatten jedoch deutlich gemacht, dass die Militäraufklärung auch beträchtliche Schwächen aufwies. Diese Misserfolge machten sich Kritiker der GRU im Militär und im SWR zunutze. Der politische Auslandsnachrichtendienst argumentierte, der Geheimdienst der russischen Streitkräfte könne sich besser auf

ihre taktischen Aufklärungsoperationen konzentrieren, wenn sie dem SWR die strategische Aufklärung endlich vollständig überlassen würde. Erstmals stand damit die Existenz der GRU auf dem Spiel.

Dieses Szenario trat jedoch nicht ein. Präsident Dmitrij Medwedjew ernannte 2009 Alexander Schljachturow zum neuen GRU-Chef. Der weitgehend unbekanntes Geheimdienststoffizier sollte den Dienst endlich für grundlegende Reformen öffnen, um seine Effektivität zu erhöhen. Dieser Funktion wurde der General gerecht, bis zu seiner Verabschiedung Ende 2011 hatte er der Behörde schmerzhafte Einschnitte verordnet: Er entließ 80 von 100 Generälen und verringerte die Zahl der GRU-Mitarbeiter um 1000 Mann. Diese Verluste konnte sein Nachfolger Igor Sergun später allerdings wieder weitgehend rückgängig machen. Hierzu trug vor allem der von der politischen Führung als erfolgreich angesehene Einsatz der sogenannten »Grünen Männchen« bei der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim bei. Hinter dem verharmlosenden Begriff verbargen sich Elitesoldaten der GRU, die seit Anfang März 2014 auf der Halbinsel ukrainische Verwaltungsgebäude, Polizeieinrichtungen und Kasernen besetzten. Die GRU-Führung hatte offensichtlich ihre Lehren aus dem Krieg in Georgien gezogen und legte nun Wert auf den Einsatz von hochmobilen, leichten, allzeit einsatzbereiten Brigaden der Militäraufklärung. Damit festigte der Dienst seine Position als schlagfertiges Instrument der russischen Führung für die Durchsetzung ihres Konzepts der »nichtlinearen Kriege«. Gleichfalls als Erfolge dürfte die GRU die Einsätze des Militärgeheimdienstes im Donbas und in Syrien verbucht haben. In den folgenden Jahren weitete dieser zudem seine Attacken in Westeuropa und den USA aus. Eine der spektakulärsten Operationen traf 2018 jedoch einen ehemaligen Offizier des Dienstes, der in den 1990er Jahren für Großbritannien spionierte hatte. Dort fiel Sergej Skripal, so der Name des Doppelagenten, am 4. März 2018 zusammen mit seiner Tochter einem Mordanschlag mit dem Nervengift Nowitschok zum Opfer, den beide nur knapp überlebten.

In der Öffentlichkeit stellt sich die Militäraufklärung gerne deutlich robuster dar als die Konkurrenz vom SWR. Während letzterer auf die weitgehend »geräuschlose« Arbeit seiner als Botschaftsmitarbeiter getarnten oder als »Illegale« operierenden Agenten setzt, geht der Militärgeheimdienst deutlich risikoreicher und gewaltbereiter vor. Bei der GRU kommt die Erfahrung und das Gefühl hinzu, durch die Konkurrenz in der eigenen Existenz bedroht zu sein. Folglich muss der Militärgeheimdienst aggressiver vorgehen, um seine Rolle im »Konzert« der russischen Geheimdienste weiterspielen zu können. Daraus resultiert sein Auftreten als risikobereiter und waghalsiger Akteur in allen Brennpunkten der Außenpolitik Putins.

Der Angriff gegen die Ukraine zeigte jedoch deutlich die Grenzen der Möglichkeiten der GRU. Ihr gelang es in den ersten Tagen der Invasion nicht, das mit umfangreichen finanziellen Mitteln aufgebaute Agentennetz in der Ukraine zu aktivieren, um die russischen Truppen tatkräftig zu unterstützen. Es wird geschätzt, dass sowohl der 5. Dienst des FSB als auch der GRU jeweils mehrere hundert Agenten in der Ukraine führten, die im Zuge des geplanten Angriffes vor allem Sabotageanschläge und Zersetzungsoperationen durchführen sollten. Hierfür wurde vor allem der ukrainische Sicherheitsapparat infiltriert. Das Scheitern des russischen Blitzangriffes sorgte jedoch dafür, dass die Masse der Agenten abtauchte. Statt im Zusammenspiel mit klandestinen Kräften Schlüsselobjekte zu besetzen, stießen die russischen Streitkräfte auf erbitterten Widerstand der ukrainischen Verteidiger. Die gefürchteten Cyber-Attacken des militärischen Nachrichtendienstes liefen weitgehend ins Leere und vermochten es nicht, kritische Bereiche des ukrainischen Staates und seiner Streitkräfte dauerhaft lahmzulegen. Doch auch auf den Gebieten seiner militärischen Kernkompetenzen musste die GRU empfindliche Niederlagen hinnehmen. Zu Beginn des russischen Angriffes schlugen nicht wenige Angriffe ihrer Spezialtruppen auf strategisch wichtige Objekte fehl. So scheiterte am 27. Februar 2022 der Angriff einer Einheit der 2. Speznas-Brigade der GRU, die den Auftrag hatte, die Zentrale des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU in Charkiw zu besetzen. Die 25-köpfige Gruppe wurde komplett aufgerieben. Danach fanden die Elitekrieger in zahlreichen Fällen als gewöhnliche Sturmtruppen Verwendung, was einen hohen Blutzoll zur Folge hatte. Bislang sind nachweislich knapp 700 Angehörige der Spezialtruppen der GRU, darunter 142 Offiziere, gefallen. Die Aufklärungsspezialisten sind damit an der Front gebunden und stehen nicht für die Aufgaben zur Verfügung, für die sie ausgebildet wurden: das Ausfindigmachen von Zielen mit hoher Priorität im Hinterland des Gegners. Diese Rolle wäre umso wichtiger, als es den russischen Luftstreitkräften bisher nicht gelungen ist, die strategische Luftherrschaft zu erlangen.

Spektakuläre Erfolge im Bereich der Diversionen erzielte nicht der GRU, sondern sein Pendant, die ukrainische Militäraufklärung HUR. Der russische Militärgeheimdienst vermochte es dagegen nicht, Schlüsselobjekte der kritischen Infrastruktur auszuschalten, noch konnten operativ-taktisch wichtige Waffen der Ukrainer, wie beispielsweise die Raketenwerfer vom Typ HIMARS oder die Startrampen des Flugabwehrsystems Patriot, durch Angriffe von Kommandokräften in größerer Zahl außer Gefecht gesetzt werden.

Gleichwohl ist Putin weiter auf seinen militärischen Nachrichtendienst angewiesen, verfügt doch nur die GRU innerhalb des russischen Geheimdienstsystems

über die gesamte Palette an nachrichtendienstlichen Fähigkeiten. Die GRU kann sowohl auf Agenten und Spione (Human Intelligence/HUMINT), die Aufklärungsdaten von Satelliten, Drohnen und Flugzeugen (Imagery Intelligence/IMINT bzw. Geospatial Intelligence/GEOINT), die technische Erfassung und wissenschaftliche Auswertung der aufgefangenen Daten von Waffentests (Measurement and Signature Intelligence/MASINT) sowie die Sammlung und Analyse von elektronischen Signalen zur nachrichtendienstlichen Auswertung (Signal Intelligence/SIGINT) zurückgreifen. Hinzu kommen die Auswertung von offenen Quellen

(Open-source Intelligence/OSINT) sowie die Technologiespionage (Technical Intelligence/TECHINT). Cyber Intelligence/CYBINT spielt weiterhin eine zunehmend wichtige Rolle bei der Gewinnung nachrichtendienstlicher Informationen aus dem Cyberspace. Zudem verfügt die GRU mit ihren Speznas-Brigaden über hochgerüstete und umfassend ausgebildete Spezialkräfte, die für die Erfüllung geheimdienstlicher Aufgaben bereitstehen. Es ist davon auszugehen, dass der russische Militärgheimdienst auch im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts eine gefährliche Waffe der politischen und militärischen Führung Russlands bleiben wird.

Über den Autor

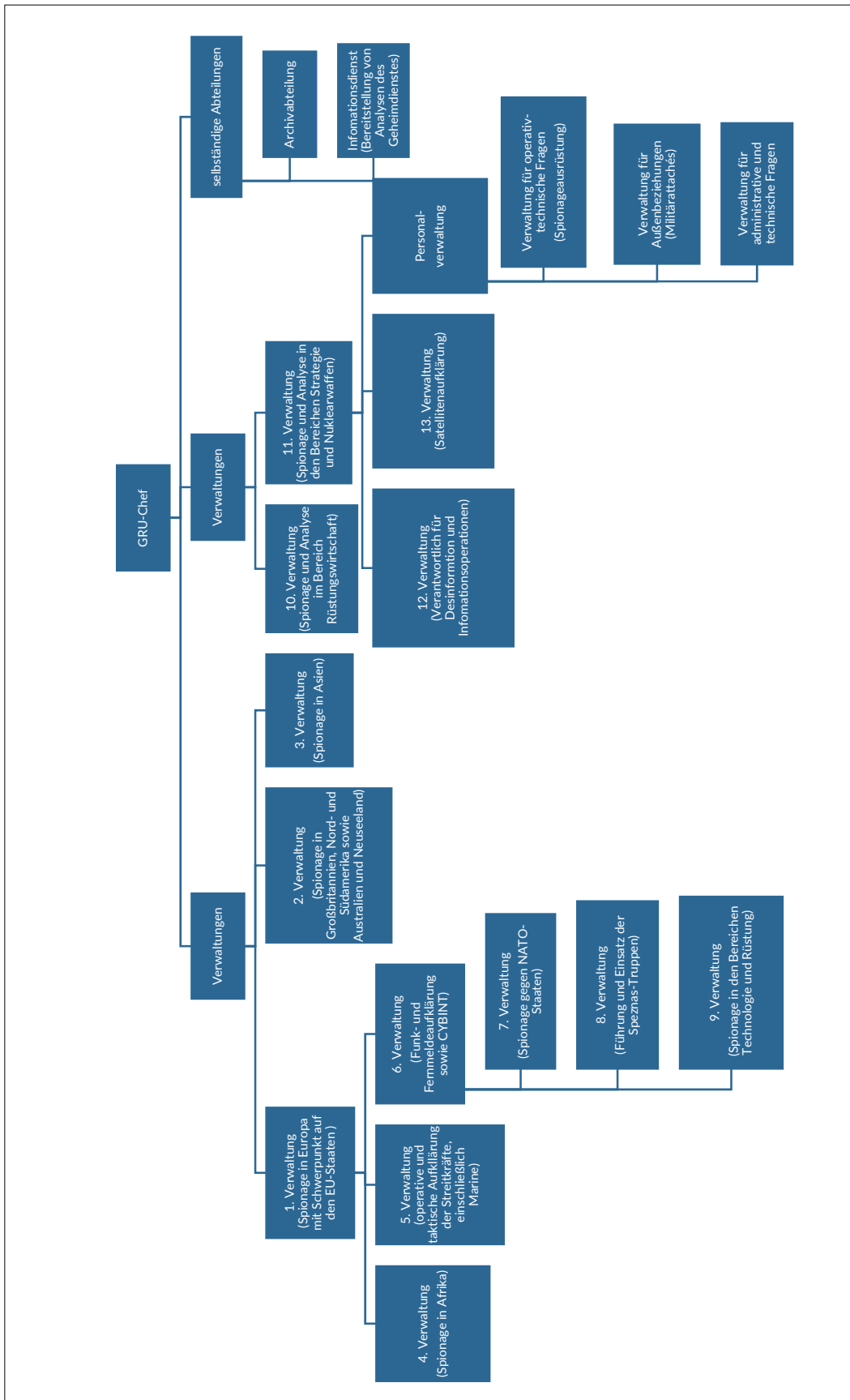
Dr. *Matthias Uhl* war von 2005 bis 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Moskau. Seit 2024 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Max Weber Netzwerkes Osteuropa in Helsinki. Er ist der Autor von »GRU. Die unbekannte Geschichte des sowjetisch-russischen Geheimdienstes von 1918 bis heute«, Freiburg im Breisgau 2024, erschienen im Verlag Herder, <https://www.herder.de/geschichte-politik/shop/p4/87938-gru-gebundene-ausgabe/>.

Lesetipps

- Grieb, Maximilian: GRU: Die unterschätzte Gefahr, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 2023, Nr. 2, S. 150–160.
- Haslam, Jonathan: Near and Distant Neighbours: A new History of Soviet Intelligence, Oxford 2015.
- Kolpakidi, Alexander/Prochorow, Dmitrij: Imperija GRU: Otscherki istorii rossijskoj woennoj raswedki, Moskwa 2004.
- Kolpakidi, Alexander: Weschnjaja raswedka SSSR-Rossii. 1946-2020 gody. Istorija, struktura i kadry, Moskwa 2021.

Auf der nächsten Seite finden Sie ein Organigramm mit der Struktur der GRU.

Grifik 1: Die Struktur der GRU



Russlands Freiwilligenformationen: Vehikel zur Rekrutierung, Loyalitätsbeweis oder Zeichen der Machtdiffusion?

Margarete Klein (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)

DOI: 10.31205/RA.459.03

Zusammenfassung

Die russische Vollinvasion in der Ukraine hat zu einer rasanten Verbreitung von Freiwilligenformationen geführt. Zu diesen gehören »private« Söldnertruppen und Einheiten, die von Gouverneuren, Großunternehmen, Kosakengruppen oder Donbass-Veteranen finanziert oder rekrutiert werden. Diese Art der »verdeckten Mobilmachung« hat für den Kreml drei Vorteile: über die Vielzahl der Rekrutierungskanäle können Interessierte mit unterschiedlicher Motivation gezielt angeworben werden; die finanziellen Belastungen der Rekrutierung werden auf viele Schultern verteilt; und die Unzufriedenheit im Land kann gemindert werden, indem die hohe Zahl der Opfer verschleiert und eine weitere unpopuläre Runde der Zwangsmobilmachung vermieden oder zumindest erst einmal verschoben wird. Gleichzeitig sind mit der wachsenden Zahl von Gewaltstrukturen auch Risiken für das Regime verbunden, wie der gescheiterte Wagner-Aufstand eindrücklich unter Beweis gestellt hat. Danach bereitete der Kreml dem Wagner-Modell ein Ende, das auf der eigenständigen Kontrolle der Finanzmittel und Rekrutierungsprozesse sowie auf weitgehender operativer Autonomie beruhte. Damit begann eine neue Phase im Umgang mit den Freiwilligenformationen. Diese Gruppierungen müssen nun einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium – oder der Nationalgarde – abschließen. Trotz dieser formalen Unterstellung ist nicht ausgeschlossen, dass die Freiwilligenformationen im Falle einer kritischen Schwächung von Putins Machtvertikale zu schlagkräftigen Instrumenten in den Händen von einzelnen Eliteakteuren werden könnten.

Zwangsmobilmachung und »verdeckte Mobilmachung«

Seit dem Beginn der Vollinvasion hat Russland an der Front schwere Verluste erlitten. Mediazona und BBC Russia konnten bis Anfang Dezember 2024 die Namen von 82.050 Gefallenen verifizieren und schätzen, dass die tatsächliche Zahl bei mindestens 120.000 liegt.^[1] Damit liegt der Blutzoll Russlands nach zweieinhalb Jahren Krieg bereits zehnmal höher als der der Sowjetunion in zehn Jahren Afghanistankrieg. Einschließlich der Verwundeten schätzt NATO-Generalsekretär Mark Rutte die russischen Verluste bis Oktober 2024 sogar auf 600.000 Mann.^[2] Neben der zahlenmäßigen Überlegenheit im Abnutzungs- und Zermürbungskrieg gegen die Ukraine strebt der Kreml weiter danach, sein Militärpotential so auszubauen, dass es effektiv als Drohkulisse gegen westliche Länder und die NATO eingesetzt werden kann. Infolgedessen hat Putin die Sollstärke der russischen Streitkräfte schrittweise von einer Million vor der Vollinvasion auf 1,5 Millionen bis Ende 2024 erhöht. Um diese Ziele zu erreichen, muss Russland nicht nur die enormen Kriegsverluste kompensieren, sondern gleichzeitig eine große Zahl neuer Soldaten rekrutieren. Die Herausforderung dürfte umso größer sein, als die Zahl der aktiven Soldaten im Jahr 2021 vor der Vollinvasion 900.000 statt einer Million betrug und damit nur ca. 90 Prozent der offiziellen Sollstärke entsprach.^[3] Die Lücke dürfte sich seit dem Krieg noch

erheblich vergrößert haben. Recherchen von iStories und CIT-Team zeigen, dass statt der vom Verteidigungsministerium angegebenen 640.000 Vertragssoldaten bis April 2024 offenbar nur 426.000 sogenannte *kontraktniki* rekrutiert worden sind.^[4]

Bei der Rekrutierung verfolgt die russische Führung zwei Strategien, die sich auf drei verschiedene Kategorien von militärischem Personal konzentrieren. Der erste Weg besteht in der Zwangsmobilmachung. Am 21. September 2022 berief Putin 300.000 Männer ein. Diese Maßnahme war unpopulär, löste in der Bevölkerung Angst und Wut aus und führte dazu, dass Hunderttausende Männer das Land verließen. Obwohl der damalige Verteidigungsminister Sergej Schojgu Ende Oktober 2022 erklärte, dass die sogenannte »Teilmobilmachung« abgeschlossen wäre, werden die überlebenden mobilisierten Soldaten bis heute im Kriegsgebiet eingesetzt, da Putins Erlass keine zeitliche Begrenzung vorsieht und nicht offiziell widerrufen wurde.

Angesichts des Risikos wachsender Unzufriedenheit im Inneren aufgrund einer erneuten Zwangsmobilmachungsrunde beschloss der Kreml, die sogenannte »verdeckte Mobilmachung« zu forcieren. Dieser Begriff bezieht sich auf die Anwerbung von militärischem Personal auf, formal gesehen, freiwilliger Basis. Diese Rekruten lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: reguläre Soldaten, die für eine bestimmte Zeit auf Vertragsbasis in den Streitkräften dienen (*kontraktniki*), und Kämp-

fer aus einem breiten Spektrum bestehender oder neu gegründeter Freiwilligenformationen. Angesichts der zunehmenden Probleme, neue *kontraktniki* zu rekrutieren und bereits dienende *kontraktniki* zur Vertragsverlängerung zu motivieren, erschließen Freiwilligenformationen neue Rekrutierungsquellen. Damit gewinnen sie als flexibles Instrument zur schnellen Anwerbung von Kämpfern für die Front an Bedeutung. Nach Angaben von Mediazona und BBC Russia hatten die freiwilligen Kämpfer – neben Gefängnisinsassen, die bis Mai 2023 von Wagner rekrutiert wurden – seit dem Frühsommer 2022 die größten Verluste zu verzeichnen.

Ein Flickenteppich von Freiwilligenformationen

Zu Beginn der Vollinvasion griff die russische Führung auf bestehende Strukturen wie »private« Militärfirmen (PMCs), Donbass-Milizen und Kosakengruppen zurück. Schnell ging der Kreml aber dazu über, die Gründung neuer Einheiten zu fördern. Infolgedessen entstand ein Flickenteppich von Freiwilligenstrukturen mit unterschiedlichem Rechtsstatus, heterogenen Finanzierungs- und Rekrutierungsgrundlagen sowie einem unterschiedlichen Maß an operativer Autonomie gegenüber dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab. Die verfügbaren Daten erlauben keinen umfassenden Vergleich in Bezug auf Größe, Vertragsbedingungen, Ausrüstung, Bewaffnung und Ausbildung der verschiedenen Einheiten. Die größten Formationen waren bzw. sind dabei die Wagner-Truppen (vor dem Aufstand) und die Kosakeneinheiten, die jeweils über rund 50.000 Kämpfer in der Ukraine verfügten bzw. verfügen. Während Kämpfer aus den Kosakeneinheiten in Bezug auf ihren Ausbildungsstand homogener zu sein scheinen, waren die Unterschiede bei den Wagner-Söldnern deutlich größer. Die Wagner-Truppe bestand im Kern aus mehreren Tausend erfahrenen Söldnern, die Mehrheit der für Wagner in der Ukraine kämpfenden Männer stellen jedoch Gefängnisinsassen ohne militärische Ausbildung. Auch die Kadyrowzy sind hinsichtlich ihres rechtlichen Status und ihrer Zusammensetzung heterogen. Die meisten der seit langem bestehenden tschetschenischen Einheiten sind formal der Nationalgarde unterstellt, während die nach 2022 geschaffenen Einheiten dem Verteidigungsministerium unterstehen. Die meisten der Kämpfer stammen aus Tschetschenien, mit Ausnahme des Bataillons der Spezialkräfte Achmat, in dem 90 Prozent der Kämpfer Russen von außerhalb Tschetscheniens sind. Im August 2024 behauptete Kadyrow, er habe 40.000 Kämpfer in den Krieg geschickt, darunter 19.000 Freiwillige. Dabei ist zu beachten, dass die Kämpfer nur einen Viermonatsvertrag unterschreiben. Verlängert ein Söldner seinen Vertrag, so wird diese Unterschrift in der Statistik wie ein neuer Vertrag geführt,

wodurch Kadyrow die Gesamtzahl der Kämpfer künstlich in die Höhe treibt.^[5] Andere Freiwilligeneinheiten bestehen nur aus einigen Dutzend bis hundert Kämpfern; regionale Freiwilligenbataillone bestehen in der Regel aus jeweils rund 400 Mann. Die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der freiwilligen Kämpfer während der Vollinvasion deutlich stieg und die Anforderungen an deren körperliche und geistige Gesundheit massiv gesenkt wurden, zeigt deutlich, dass es bei der Rekrutierung von freiwilligen Kämpfern in erster Linie um Quantität und nicht um Qualität geht.

(Pseudo-) private Militärunternehmen

Die vielfältigste Gruppe in Bezug auf Rekrutierung, Finanzierung und operative Kontrolle sind die »privaten« Militärunternehmen. Sie sind nach Paragraph 359 des russischen Strafgesetzbuchs illegal. Dort wird die Gründung, Finanzierung und Rekrutierung irregulärer Einheiten verboten, weshalb die Söldnertruppen entweder im Ausland registriert sind oder sich als private Sicherheitsunternehmen in Russland registrieren lassen, denn diese sind gesetzlich erlaubt. Als Nachzügler im globalen Geschäft der privaten Militärunternehmen gewannen russische Söldnertruppen spätestens seit den 2010er Jahren an Sichtbarkeit und Bedeutung. Während sich die meisten von ihnen zunächst auf Dienstleistungen wie Personenschutz oder die Bekämpfung von Piraterie konzentrierten (Moran Security, RSB Group) oder militärische Beratung und Ausbildung für ausländische Streitkräfte anboten, wurde der Beginn des Ukraine-Krieges 2014 zu einem Wendepunkt. Söldner von Wagner und E.N.O.T. nahmen an Kampfeinsätzen an der Seite der prorussischen Kräfte im Donbass teil. Danach schossen russische Söldnertruppen wie Pilze aus dem Boden und begannen, ihre Aktivitäten und ihr Einsatzgebiet erheblich auszuweiten, das sich nun von der Ukraine bis nach Syrien, Libyen und Afrika südlich der Sahara erstreckt.

Bis zur Vollinvasion in der Ukraine im Jahr 2022 wurde die Beziehung zwischen den Söldnertruppen und dem Kreml häufig als eine besondere Form der öffentlich-privaten Partnerschaft beschrieben, die auf dem Versprechen beruht, dass die Eigner der PMCs ihre privaten Geschäftsinteressen verfolgen können, wenn sie gleichzeitig die geopolitischen und militärischen Interessen des Kremls mehren: indem der Einfluss Russlands in Regionen ausgeweitet wird, in denen Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr präsent war; indem sie als militärischer »force multiplier« für die regulären Streitkräfte dienen und indem sie es dem Kreml ermöglichen, Russlands militärische Aktivitäten im Ausland (plausibel) abzustreiten. Im Jahr 2012 lobte Putin die Söldnertruppen als ein potenzielles »Instrument zur Verwirklichung nationaler Interessen ohne direkte Beteiligung der Regierung«. Trotz undurchsich-

tiger Eigentums- und Managementstrukturen unterhielten viele PMCs zudem von Anfang an enge Verbindungen zu russischen Geheimdiensten wie dem FSB und der GRU und dem Verteidigungsministerium, deren Ausbildungseinrichtungen sie unter anderem nutzten und von denen sie militärische Ausrüstung bezogen. Einige Militärunternehmen wie Patriot, Redut und Schtschit können sogar als reine Tarnorganisationen des Verteidigungsministeriums und der GRU eingestuft werden.

Die groß angelegte Invasion veränderte das Interessenkalkül des Kremls sowie der Söldnertruppen und ihrer Sponsoren. Das Prinzip der (plausiblen) Abstreitbarkeit verlor an Bedeutung. Viel bedeutsamer war jetzt, über die PMCs neue Rekrutierungskanäle erschließen zu können und die Söldner in den verlustreichen Kämpfen an der Front einsetzen zu können, um so die Verluste unter den regulären Soldaten zu reduzieren. Das neue Militärunternehmen *Espanola* rekrutiert beispielsweise unter Fußball-Hooligans, während *Andrejewskij Krest* gezielt orthodoxe Gläubige anwirbt. *Prigoschin* wiederum war der Erste, der ab August 2022 massenhaft Gefängnisinsassen rekrutierte und mit der Taktik, Söldner in nicht enden wollenden Wellen gegen die ukrainischen Verteidigungslinie in der Schlacht um *Bachmut* zu peitschen, Zehntausende Männer verheizte.

Kosaken, pro-russische Milizen und die russisch-orthodoxe Kirche

Während monetäre Anreize wie hohe Anwerbeprämien und Soldzahlungen bei der Rekrutierung von *kontraktniki* und Söldnern eine entscheidende Rolle spielen, dürfen bei der Rekrutierung »patriotisch«-nationalistischer Kräfte eher ideologische Motive ausschlaggebend sein. Bislang zeigt Putin eine ambivalente Haltung gegenüber diesem Milieu. Einerseits spricht er sie gezielt im Rahmen der »patriotisch«-militärischen Erziehung der Gesellschaft an. Andererseits lässt er Skepsis walten gegenüber Personen und Gruppen, die seine Kriegsführung in der Ukraine als zu zögerlich kritisieren. Daher setzt der Kreml bei der Rekrutierung auf »patriotische« Kräfte, die als loyal gelten. Dazu gehören pro-russische Milizen wie die Union der Donbass-Freiwilligen, die russisch-orthodoxe Kirche und Kosaken, die seit 2014 in der Ukraine für Russland kämpfen. In der Tradition der kriegerischen Bauern im zaristischen Russland sind »Patriotismus«, Militarismus und das orthodoxe Christentum die zentralen Werte der Kosaken. Nach Angaben der Allrussischen Kosakengesellschaft kämpften zwischen Februar 2022 und Ende Juli 2024 50.000 Kosaken in der Ukraine. [6] Im April 2024 wurde ein Gesetz zur Schaffung einer Kosakenreserve von 60.000 Mann verabschiedet. Darüber hinaus drängen sowohl der Kreml als auch die Allrussische Kosakengesellschaft auf die Gründung neuer Kosakenorganisationen in besetzten

Gebieten wie *Cherson* und *Saporischschja*, um die russische Besatzungsherrschaft zu festigen.

Freiwilligenorganisationen, die mit russischen Regionen und Unternehmen verbunden sind

Während Söldnertruppen, Milizen und Kosakentruppen bereits vor der umfassenden Invasion in der Ukraine existierten, entstanden zwei neue Kategorien von Freiwilligenformationen erst danach. Im Juli 2022 wies die russische Regierung die Gouverneure der 85 Subjekte der Russischen Föderation (einschließlich der rechtswidrig annektierten *Krym* und *Sewastopol*) an, Bataillone mit jeweils 400 Mann zu bilden. Das Modell der Lastenteilung zwischen dem föderalen Zentrum und den Regionen sah vor, dass Gouverneure und regionale Geschäftsleute Anwerbeprämien und Ausrüstung finanzieren, während die regulären Gehälter vom Verteidigungsministerium gezahlt werden. Da die Prämien von Region zu Region sehr unterschiedlich ausfallen, werden in einigen Freiwilligenbataillonen – wie etwa dem »*Sobjanin-Regiment*« in *Moskau* – nicht nur Männer aus diesen Regionen rekrutiert, sondern auch solche, die aus anderen Gebieten Russlands stammen. Da die Regionen dabei lediglich als »Dienstleister« und verlängerter Arm für die Rekrutierung und die Finanzierung der Einheiten benutzt werden, trifft der Begriff »Gouverneursarmeen« nicht zu. Eine Ausnahme gibt es jedoch: die *Kadyrowtsy*. Bereits lange vor der Vollinvasion hatte das Oberhaupt der Republik *Tschetschenien*, *Ramsan Kadyrow*, seine Privatarmee aufgebaut. Obwohl ihre Einheiten nominell der Nationalgarde – und in geringerem Maße dem Verteidigungsministerium – unterstehen, ist es in Wirklichkeit *Kadyrow*, der den Rekrutierungs- und Ausbildungsprozess in *Tschetschenien* kontrolliert. So werden die Kämpfer beispielsweise an der nach *Wladimir Putin* benannten Universität der russischen Spezialeinheiten in *Gudermes* ausgebildet. Anders als der Name vermuten lässt, handelt es sich dabei aber nicht um eine Einrichtung des russischen Verteidigungsministeriums oder der Nationalgarde. Vielmehr ist sie formal eine private Einrichtung unter den Auspizien *Kadyrows*, über die die Loyalität der dort ausgebildeten Kämpfer und Soldaten gegenüber *Kadyrow* sichergestellt wird. *Kadyrow* schaffte es auch nach der Vollinvasion, aus den Forderungen des Zentrums Vorteile für sich herauszuschlagen. Als die russische Regierung im Sommer 2022 die Regionen aufforderte, jeweils ein Freiwilligenbataillon für den Kampf in der Ukraine aufzustellen, hob er gleich vier neue Bataillone aus der Taufe (die *Achmat-Bataillone Ost, Nord, West und Süd*). Damit zeigte er sich nicht nur als treuer Gefolgsmann *Putins*, sondern vergrößerte gleichzeitig die Anzahl der ihm allein loyal gesinnten Truppen.

Darüber hinaus haben (halb-)staatliche und private Unternehmen seit Sommer 2022 Freiwilligenbataillone gebildet. Gazprom (Potok, Plamja, Fakel), Roskosmos (Uran) und Rusal (Sokol) rekrutieren unter ihren Mitarbeitern und Sicherheitsunternehmen Kämpfer für die Front. Darüber hinaus sollen sich wohlhabende Einzelpersonen und Unternehmer wie Gennadij Timtschenko, Oleg Deripaska, Konstantin Malofejew und Igor Altuschkin aktiv an der (Mit-)Finanzierung unterschiedlicher Freiwilligeneinheiten beteiligen.^[7]

Lehren aus dem Wagner-Aufstand

Durch die Nutzung bestehender und die Schaffung neuer Freiwilligenformationen konnte die russische Führung schnell eine große Zahl von Kämpfern rekrutieren und gleichzeitig die finanziellen Lasten mit Regionen, Konzernen und Einzelunternehmern teilen. Die »Proxyfizierung« von Gewaltstrukturen birgt jedoch auch Risiken für Putins Regime und den russischen Staat. Diese Risiken reichen von eher praktischen Fragen der militärischen Interoperabilität auf dem Schlachtfeld (aufgrund unterschiedlicher militärischer Ausbildung und Ausrüstung) über eine unzureichende Kontrolle der einzelnen Strukturen durch das Verteidigungsministerium bis hin zur Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols. Der Wagner-Aufstand hat diese Herausforderungen verdeutlicht und im Nachgang zu Anpassungen im Umgang mit Freiwilligenverbänden geführt.

Im Frühjahr 2023 eskalierte der Streit über die Verteilung von Ressourcen und Kompetenzen zwischen Prigoschin und dem damaligen Verteidigungsminister Schojgu zu einem offenen Machtkampf. Als Prigoschin dazu überging, nicht mehr nur die militärische Führung als inkompetent und dekadent zu kritisieren, sondern Putins Begründung für die groß angelegte Invasion in Frage zu stellen, stellte er auch Putins Macht offen in Frage. Der Konflikt eskalierte endgültig, als Prigoschin den Befehl Schojgus verweigerte, wonach alle Freiwilligenformationen bis zum 1. Juli 2023 einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium abzuschließen hatten. Am 23. Juni 2023 setzte Prigoschin mit einem Teil seiner Wagner-Söldner zum »Marsch der Gerechtigkeit« Richtung Moskau an und wagte den offenen Machtkampf.

Nachdem der Kreml den Aufstand erfolgreich niedergeschlagen hatte, wurde das »Wagner-Modell« zerstört. Unter den Freiwilligenverbänden war Wagner insofern einzigartig, als dessen spezielle öffentlich-private Partnerschaft mit dem Verteidigungsministerium und dem Kreml weitreichende Freiheiten für Prigoschin beinhaltete: unabhängige Rekrutierungsquellen (es wurde ihm das Recht eingeräumt, Gefängnisinsassen staatliche Amnestie als Gegenleistung für den Dienst bei Wagner anzubieten), eigenständige Kommandostrukturen an der Front und direkte Kontrolle über die vom

Verteidigungsministerium stammenden Finanzmittel. Dadurch konnte Prigoschin auf persönlicher Loyalität beruhende Beziehungen zu seinen Kommandeuren aufbauen. Darüber hinaus war Wagner in das weit verzweigte Unternehmensnetzwerk eines Gewaltunternehmers eingebunden, der als politischer Außenseiter die Ambition verfolgte, in den inneren Kreis von Putins Machtzirkel zu gelangen. Nach der Niederschlagung von Prigoschins Aufstand wurde sein Geschäftsnetzwerk zerstört, und im August 2023 starb er zusammen mit dem Gründer von Wagner, Dmitrij Utkin, bei einem Flugzeugabsturz. Die Wagner-Söldner wurden vor die Wahl gestellt, entweder Verträge mit dem Verteidigungsministerium (oder der Nationalgarde) zu unterzeichnen oder nach Belarus ins Exil zu gehen. Wagner wurde als kämpfende Söldnertruppe aufgelöst, obwohl der Markenname und eine kleine Einheit unter der Führung von Prigoschins Sohn Pawel in den Reihen der Nationalgarde weiter bestehen.

Das Verteidigungsministerium und der Generalstab nutzten diese Gelegenheit, um eine stärkere Kontrolle aller Freiwilligenverbände durchzusetzen. Zu diesem Zweck mussten entweder die Freiwilligenverbände oder die einzelnen Kämpfer Verträge mit dem Verteidigungsministerium unterzeichnen, wodurch sogar die bisher illegalen »privaten« Militärunternehmen und ihre Söldner de facto legalisiert wurden. Die Querfinanzierung durch Geschäftsleute und regionale Akteure wird nach wie vor gefördert und erwartet, aber die Geldströme zu den Freiwilligenverbänden werden nun über das Verteidigungsministerium geleitet. Dies hat zur Folge, dass die Verbindungen zwischen den Sponsoren und den Kommandeuren geschwächt wurden. Darüber hinaus wurden die Freiwilligenformationen administrativ drei größeren Organisationen unterstellt, die vom Verteidigungsministerium und/oder der GRU kontrolliert werden: BARS, das »Freiwilligen-Expeditionssturmkorps« und das »Afrikakorps«.^[8] Ursprünglich wurde BARS 2015 als »Kampfreserve der Armee« zur Ausbildung von Reservisten gegründet, heute wird unter dem Label BARS aber auch ein breites Spektrum von Einheiten gefasst, die in der Ukraine kämpfen. Hierzu gehören Einheiten, die aus zwangsmobilisierten Soldaten vom September 2022 bestehen, regionale Freiwilligeneinheiten sowie Freiwilligenformationen, die eher ideologisch motiviert sind, wie Teile der Union der Donbass-Freiwilligen, die Zarenwölfe oder Einheiten der Allrussischen Kosakengesellschaft. Während das BARS-System als formale Dachorganisation für verschiedene Einheiten beschrieben werden kann, ohne dass sich das Verteidigungsministerium zu sehr in deren interne Strukturen einzumischen scheint, spiegelt die Gründung des Freiwilligen-Expeditionssturmkorps im Jahr 2023 eindeutig den Wunsch der russischen Militärführung wider, ihre

administrative und operative Kontrolle über alle in der Ukraine kämpfenden Freiwilligen- und Söldnergruppen zu verbessern. Unter der Leitung von Generalleutnant Wladimir Alexejew (GRU) hat die neue Struktur die Aufgabe, die Interoperabilität der verschiedenen Einheiten in den Bereichen Ausbildung und Führungsstrukturen zu verbessern.^[9] Das Afrikakorps wiederum wurde 2023 von der GRU gegründet, um vor allem die Aktivitäten von Wagner in Afrika zu übernehmen. BARS, das Freiwilligen-Expeditionssturmkorps und das Afrikakorps nutzen pseudo-private Militärunternehmen wie Redut oder Konwoj, die de facto vom Verteidigungsministerium und der GRU kontrolliert werden, als Tarnorganisationen, um freiwillige Kämpfer zu rekrutieren. Diese undurchsichtige Struktur spiegelt den Wunsch wider, so viele Rekrutierungs- und Finanzierungskanäle wie möglich offen zu halten, um weiterhin eine möglichst große Bandbreite an Freiwilligen anzusprechen, die Verteilung der finanziellen Lasten aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Interoperabilität zu fördern und Kontrolle zu gewährleisten.

Risiken für die Regimestabilität?

Trotz der formalen Unterordnung unter die staatlichen Strukturen sind die Risiken für eine weitere »Proxyifizierung« von Gewaltstrukturen nicht vollständig beseitigt. Unter Umständen könnten sie sogar zunehmen. Schließlich hat eine große Zahl von Akteuren außerhalb der regulären Streitkräfte und der GRU nun Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Bereichen der »verdeckten Mobilmachung« gewonnen, von der Finanzierung über administrative Fragen wie der Abwicklung von Rekrutierungs- und Beschaffungsprozessen bis hin zum Aufbau oder der Stärkung von Verbindungen zu Gruppen, die bereits über langjährige Erfahrungen im Bereich der Proxy-Strukturen verfügen.

Obwohl die meisten Akteure die Gründung und Finanzierung von Freiwilligenverbänden in erster Linie als ein Mittel betrachten, um ihre Loyalität gegenüber dem Präsidenten unter Beweis zu stellen, dienen sie zunehmend auch dazu, ihre eigene Stellung innerhalb der Eliten zu demonstrieren. Unter bestimmten Umständen ist nicht auszuschließen, dass sich Freiwilligenverbände und Söldner zu einem Instrument zum Schutz partikularer Interessengruppen wandeln. Damit ein sol-

ches Szenario eintritt, müssten allerdings drei Faktoren zusammentreffen: Erstens ein politisch oder gesundheitlich angeschlagener Präsident und eine profunde Nachfolgekrise, zweitens eine offene Eskalation der Konflikte innerhalb der Elite, die sonst nur unter der Oberfläche schwelen, und drittens eine massive Schwächung der Sicherheitsdienste und Streitkräfte. In einer solchen Situation könnten einzelne Akteure oder Akteursgruppen auf ihre gesammelten Erfahrungen bei der Rekrutierung von Freiwilligenstrukturen zurückgreifen und/oder ihre Kontakte zu bestehenden Gewaltstrukturen nutzen, um ihre Position zu sichern oder zu stärken. Regionale Freiwilligenverbände könnten zu Gouvernementsarmeen werden; die Militärunternehmen großer Konzerne und reicher Einzelpersonen könnten deren Interessen mit Gewalt absichern. Ein solches Szenario würde jedoch erfordern, dass auch die dritte Voraussetzung gegeben ist: eine Schwächung der regulären Streitkräfte und der Zusammenbruch der zentralen Kontrolle über die Sicherheitsstrukturen. Realistischer erscheint eine abgeschwächte Version dieses Szenarios. Angesichts der neofeudalen Beziehung zwischen Putin und Kadyrow könnte ein Führungswechsel in Moskau den tschetschenischen Herrscher dazu verleiten, die Kadyrowzy zu nutzen, um das bestehende Beziehungsmodell zu seinem Vorteil neu auszuhandeln, indem zum Beispiel die Beteiligung der Kadyrow-Einheiten an Kriegen Russlands als Drohung eingestellt würde, die Einheiten des tschetschenischen Präsidenten föderale Einrichtungen in Tschetschenien besetzen und/oder mit der gewaltsamen Abspaltung Tschetscheniens drohen.

Solange jedoch nicht alle diese Voraussetzungen erfüllt sind und die Machtvertikale des Präsidenten unangefochten bleibt, gibt es für Putin keinen zwingenden Grund, das derzeitige Modell der Freiwilligenverbände als Mittel zum Sieg im Krieg gegen die Ukraine grundsätzlich in Frage zu stellen. Im polyzentrischen System der russischen Sicherheitsstrukturen stellt der Wettbewerb zwischen den einzelnen Strukturen, der bewusst durch überlappende Zuständigkeiten und Finanzierungskanäle gefördert wird, ein wichtiges Instrument zu deren Kontrolle durch den Präsidenten dar. Vor diesem Hintergrund könnte Putin die Vielfalt der Freiwilligenformationen auch als Versicherung gegen ein Erstarren des Militärs in Kriegszeiten nutzen.

Über die Autorin

Dr. *Margarete Klein* ist Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ihr Fachgebiet ist die Militär-, Sicherheits- und Außenpolitik Russlands.

Zum Weiterlesen

- Arutunyan, Anna und Mark Galeotti. 2024. *Downfall: Prigozhin, Putin, and the New Fight for the Future of Russia*. London: Ebury Digital.

- Galeotti, Mark und Anna Arutunyan. 2024. Prigozhin's Children. The New Wave of Russian PMCs and Implications for the Unity of Command, *Mayak Intelligence*, <https://mayak-intelligence.com/wp-content/uploads/2024/10/report-prigozhins-children.pdf>.
- Klein, Margarete. 2024. Wie Russland für einen langen Krieg rekrutiert. Verdeckte Mobilisierung über »Freiwillige«, Vorbereitung einer neuen Mobilmachung. *SWP Comment* 24, Juni 2024, <https://www.swp-berlin.org/publikation/wie-russland-fuer-einen-langen-krieg-rekrutiert>.

Verweise

- [1] https://en.zona.media/article/2022/05/20/casualties_eng
- [2] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_230105.htm
- [3] <https://www.iiss.org/publications/the-military-balance/the-military-balance-2022/>
- [4] <https://histories.media/en/stories/2024/08/01/more-soldiers-at-all-costs/>
- [5] <https://novayagazeta.eu/articles/2024/09/04/an-army-of-one-en>
- [6] <https://vsko.ru/16345-2>
- [7] <https://www.themoscowtimes.com/2023/04/04/russian-copper-billionaire-bankrolling-military-unit-fighting-in-ukraine-a80702>
- [8] <https://static.rusi.org/SR-Russian-Unconventional-Weapons-final-web.pdf>
- [9] <https://mayak-intelligence.com/wp-content/uploads/2024/10/report-prigozhins-children.pdf>

Belarus Analytical Digest und Moldovan Analytical Digest

Zwei neue Publikationsreihen erscheinen ab Januar 2025 bei den englischsprachigen Schwesterpublikationen der Länder-Analysen: der Belarus Analytical Digest sowie der Moldovan Analytical Digest. Beide Länder-Analysen-Reihen analysieren die politische, wirtschaftliche und soziale Lage im jeweiligen Land im Kontext internationaler und sicherheitspolitischer Dimensionen. Alle eingereichten Beiträge durchlaufen eine fast-track Peer-Review. Es folgt ein kleiner Einblick sowie die Möglichkeit zum Abonnement.



Introducing the Moldovan Analytical Digest

We are pleased to announce the launch of the Moldovan Analytical Digest (MDAD), a quarterly open access publication designed to present academic insights about and from Moldova to a broad international audience. To this end, the MDAD will provide expert analysis of current affairs focusing on background information and interpretation. Contributions to the MDAD will undergo fast-track peer review by an editorial board of distinguished scholars and will comply with academic standards of quality and integrity.

Each issue will feature several analyses focusing on a broader topic. The first issue in January 2025 will address the presidential election and the referendum on Moldova's EU candidacy held on 20 October 2024. Further issues will look at national identity and political parties, Moldova's EU candidacy, public opinion in Moldova and the conflict in Transnistria.

The new journal will be distributed free of charge as a pdf-file by e-mail. You can subscribe here: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>. All MDAD issues will be archived online at <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest.html>. It is also planned to archive the issues and index the news summary under <http://www.laender-analysen.de/mdad/>. The latter website will offer indices by author and topic.

The Moldovan Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de), the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich (www.cees.uzh.ch), the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich (www.css.ethz.ch), and the University of Fribourg (<https://www.unifr.ch/home/en/>) with financial support from the Elite Network of Bavaria.

We are looking forward to engaging with authors and readers.

*Jan Matti Dollbaum and Amy Eaglestone
(Initiators of the Moldovan Analytical Digest)*

Subscribe to the Belarus Analytical Digest

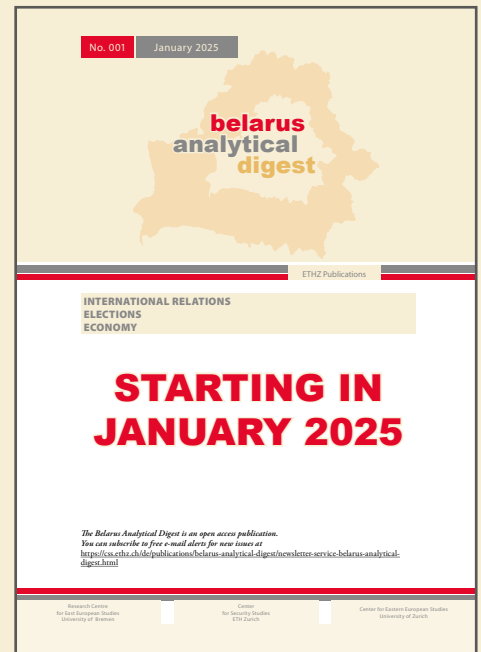
*Expert Insights into Political, Economic
and Social Developments in Belarus*

About

The Belarus Analytical Digest is an open-access, peer-reviewed online publication on Belarus. Starting in 2025, the Belarus Analytical Digest will publish six issues per year. It provides expert analysis of Belarus's political, economic and social developments in the international and security context.

All contributions to the Belarus Analytical Digest undergo a peer review and comply with expert standards of quality and integrity.

The Belarus Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (FSO), the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich and the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich.



Free Subscription

Subscribe to receive new issues automatically in your mailbox:

Link

<https://bit.ly/4gaAoLw>

QR-Code



Website

<https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest.html>

Editorial Board

Nelly Bekus (University of Exeter), Tatsiana Chulitskaya (Vilnius University), Iryna Herasimovich (University of Zurich), Jeronim Perović (University of Zurich), Alesia Rudnik (Karlstad University)

Corresponding Editors

Olga Dryndova (olga.dryndova@proton.me) and Heiko Pleines (pleines@uni-bremen.de) (both Research Centre for East European Studies at the University of Bremen)

Subscribe to the Moldovan Analytical Digest

*Expert Insights into Political, Economic
and Social Developments in Moldova*

About

The Moldovan Analytical Digest is an open-access, peer-reviewed online publication on Moldova. Starting in 2025, the Moldovan Analytical Digest will publish four issues per year. It provides expert analysis of Moldova's political, economic and social developments in the international and security context.

All contributions to the Moldovan Analytical Digest undergo a peer review and comply with expert standards of quality and integrity.

The Moldovan Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (FSO), the Center for Security Studies (CSS) at the ETH Zurich, the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich, and the University of Fribourg with support from the Elite Network of Bavaria.



Free Subscription

Subscribe to receive new issues automatically in your mailbox:

Link

<https://bit.ly/3Zr7qkH>

QR-Code



Website

<https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest.html>

Editorial Board

Jan Matti Dollbaum (University of Fribourg / LMU Munich), Dorina Baltag (Loughborough University London), Amy Eaglestone (University of Birmingham), Ion Marandici (independent researcher), Jeronim Perović (University of Zurich), Svetlana Suveica (University of Regensburg), Eleanor Knott (London School of Economics), Daniel Ursprung (University of Zurich)

Corresponding Editor

Jan Matti Dollbaum (jan.dollbaum@unifr.ch) (Université de Fribourg and LMU Munich)

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Nelly Krivic
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>